

*Neue Partner, neue Projekte, neue Solidarität*  
**Das deutsch-französische Tandem muss sich öffnen um Europas  
Zukunftsthemen voranzubringen**

Die Europäische Union des Jahres 2015 hat nicht mehr viel gemeinsam mit dem Europa der Montanunion der 1950er Jahre. Doch zwei Prinzipien bilden heute wie damals den Kern des europäischen Gedankens: Solidarität und Kompromissbereitschaft. Wenn die EU Antworten auf drängende Zukunftsfragen wie die Energieversorgung oder den Umgang mit Flüchtlingen finden will, muss sie diesen Prinzipien neue Wirkungskraft verleihen. Dem deutsch-französischen Paar kommt dabei eine besondere Verantwortung zu, aber es kann die Aufgabe nicht alleine bewältigen.

Gemeinsame Interessen, vergleichbare geostrategische Positionen und der Wunsch, aus historischen Entwicklungen zu lernen, verbanden einst die sechs Gründungsmitglieder der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Im Zentrum dieser ersten europäischen Solidargemeinschaft standen mit Deutschland und Frankreich zwei Staaten, deren Versöhnungsprozess die Grundbedingung jeglicher europäischer Annäherung war. Ihr politisches und wirtschaftliches Gewicht und ihre historische Verantwortung, vor allem aber ihre Funktion als zwei Pole im europäischen Kompromissfindungsprozess machten die beiden Nachbarländer zum Motor der europäischen Einigung: Ein zwischen deutschen und französischen Interessen ausgehandelter Kompromiss erwies sich zumeist auch für die anderen Mitgliedstaaten als tragfähig.

In einer Union der 28 Mitgliedstaaten sind die Positionen heterogener geworden. Neue Mitglieder bringen neue Perspektiven in den europäischen Entscheidungsprozess ein, sich verändernde Nachbarschaften bergen neuartige Herausforderungen. In stärkerem Maße als früher treten heute Spannungen zwischen den Mitgliedstaaten und ihren unterschiedlichen Interessen auf. Oft

verlaufen die Spannungslinien dabei entlang einer Ost-West- und einer Nord-Süd-Achse. Kristallisationspunkte der Spannungen sind aktuell zum einen der Konflikt um eine gemeinsame Energiepolitik der Union, der vor allem auf der Ost-West-Achse ausgetragen wird, und zum anderen die europäische Flüchtlingspolitik, die ein Dissens auf der Nord-Süd-Achse kennzeichnet. In beiden für die Zukunft der EU so wichtigen Themenfeldern gelingt es Deutschland und Frankreich nicht mehr, durch bilateral ausgehandelte Kompromisse die Interessen aller Mitgliedstaaten abzubilden. Als zu eigenständig erweisen sich einerseits die Positionen der östlichen EU-Mitglieder in der Energiepolitik. Spezifische, oftmals historisch begründete Befindlichkeiten prägen diese Positionen ebenso wie konkrete wirtschafts- und sicherheitspolitische Überlegungen, die sich angesichts der Ukraine Krise weiter zuspitzen haben. Die südlichen EU-Mitgliedstaaten andererseits fühlen sich in Fragen der Flüchtlingspolitik isoliert und beklagen die mangelnde Solidarität der Partnerstaaten im Norden und Osten. Sie sehen weder in Deutschland noch in Frankreich einen adäquaten Vertreter ihrer Interessen.

Das Bemühen der EU um mehr Handlungsfähigkeit in zentralen Themenfeldern begleitet dabei ein Paradox: Zwar ist die Unzulänglichkeit rein deutsch-französischer Kompromisse in den vergangenen Jahren immer wieder offenbar geworden. Dennoch gilt die deutsch-französische Führungsrolle vielen Mitgliedern nach wie vor als Grundprinzip der Funktionsweise der EU und die Erwartungen an das deutsch-französische Tandem bleiben hoch. Nur den beiden Nachbarländern selbst kann es gelingen, dieses Paradox aufzubrechen, indem sie zum einen ihrer Führungsrolle gerecht werden und zum anderen selbst die Initiative

für eine Öffnung ihrer bilateralen Abstimmungsmechanismen ergreifen.

Denn nur wenn Deutschland und Frankreich beginnen, gemeinsam mit ausgewählten Partnern im Rahmen flexibler Kooperationsformate die Leitlinien für europäische Zukunftsentscheidungen neu zu definieren, kann es gelingen, Blockaden zu überwinden und dem europäischen Entscheidungsprozess neue Dynamik zu verleihen.

Das deutsch-französische Tandem erfüllt darin eine Funktion, die ihm auch künftig eine herausragende Stellung im europäischen Abstimmungsprozess garantieren wird: In einer Art Scharnierfunktion obliegt es Deutschland und Frankreich, ein Gleichgewicht zwischen den unterschiedlichen Interessengruppen der europäischen Partnerstaaten sicherzustellen und einem politikfeldübergreifenden Interessenausgleich den Weg zu ebnet.

Die Themenfelder Energie und Migration können als erster Test für einen neuen Kooperationsansatz unter deutsch-französischer Leitung dienen, der auf langfristigen Interessenausgleich und eine Stärkung der europäischen Solidarität zielt. Gemeinsam mit Polen, als Vertreter der östlichen EU-Mitglieder mit einem besonderen Interesse an der Neuordnung seiner Energie-Infrastruktur, müssen Deutschland und Frankreich Eckpunkte einer europäischen Energieunion definieren, deren Konzept den Interessen und Sorgen der östlichen Mitgliedstaaten Rechnung trägt. Zugleich sollte unter Einbeziehung Italiens als Vertreter der südlichen Mitgliedstaaten eine Neuregelung der europäischen Flüchtlingspolitik auf den Weg gebracht werden. Die künftige Aufgabe Deutschlands und Frankreichs besteht neben der Wahrnehmung ihrer individuellen Verantwortung vor allem darin, durch einen themenfeldübergreifenden Kompromiss die Entwicklung in beiden Politikbereichen voranzubringen: Durch Vermittlung Italiens können die südlichen EU-Mitgliedstaaten für eine Stärkung der Energiesolidarität in Europa – zum Beispiel durch gemeinsame Gaseinkäufe – gewonnen

werden, während sich die östlichen Mitgliedstaaten im Gegenzug verpflichten, eine Reform der europäischen Asylpolitik – zum Beispiel durch die Einführung einer Quotenregelung – mitzutragen.

Deutschland und Frankreich kann es auf Grund ihrer gefestigten bilateralen Strukturen in einem engen Abstimmungsprozess gelingen, die eigene Rolle in Europa in diesem Sinne neu zu definieren.

Wenn sich das deutsch-französische Tandem in der Diskussion ausgewählter Zukunftsthemen für neue Partner öffnet und seine Rolle als Vermittler eines gesamteuropäischen Interessenausgleichs annimmt, können neue europäische Projekte angestoßen und dem europäischen Solidaritätsgedanken neue Strahlkraft verliehen werden.

*Cécile Esch, Daniel Germann, Erik Haase,  
Jerome Kuchejda, Joris Lehnert, Cyriac Mas-  
sué, Jan Rhein\**

---

\* Die Autoren sind Teilnehmer des *Deutsch-französischen Zukunftsdialogs*, einer Initiative der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), des Institut français des relations internationales (Ifri) und der Robert Bosch Stiftung. Das Positionspapier wurde im Rahmen des Projektjahres 2014 verfasst.